

**DRINGLICHE INTERPELLATION**  
**der Grossräte Bernard Rey (GRL) und Jacques Melly (PDCC) betreffend Studenten aus**  
**der Volksrepublik China (14.03.2005) 3.038**  
*(in Zusammenarbeit mit dem DFIS)*  
*(entwickelt und behandelt am 16.03.2006)*

Am 28. Dezember 2005 hat das Bundesamt für Migration (BFM) eine Weisung betreffend Einreisegesuche von Studenten aus der Volksrepublik China erlassen. Diese Weisung besagt, dass Visumsgesuche zu Studienzwecken von Angehörigen der Volksrepublik China für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten grundsätzlich zu verweigern sind.

Für die Fälle, die in der Zuständigkeit des Kantons liegen (bewilligungspflichtiger Aufenthalt von mehr als drei Monaten), hat der Kanton laut dieser Weisung grundsätzlich die Einreise- und Aufenthaltsbewilligung zu verweigern.

Es scheint, dass das BFM eine organisierte illegale Migration vermutet. Dem BFM-Schreiben ist zu entnehmen, dass Studenten, die eine Einreise- und Aufenthaltsbewilligung erhalten haben, wenige Tage nach ihrer Ankunft in der Schweiz verschwunden sind und die Einreisegesuche insbesondere schweizerische Privatschulen betreffen.

Dies wirft folgende Fragen auf:

- Wie viele chinesische Studenten (in Privatschulen und öffentlichen Schulen) halten sich momentan im Wallis auf?
- Aufgrund dieses Entscheids musste die "Ecole Ardevaz" Studiengebühren in der Höhe von einer halben Million Franken zurückerstatten, zwei Aufsichtspersonen entlassen und vier Lehrpersonen müssen sich mit Kurzarbeit begnügen. Wie sehen die voraussichtlichen Konsequenzen für die öffentlichen Schulen aus?
- Das BFM spricht von chinesischen Studenten, die kurz nach ihrer Einreise verschwunden sind. Kann die Zahl der verschwundenen Studenten, die in Walliser Schulen eingeschrieben waren, beziffert werden?

Aktualität des Ereignisses:

Die BFM-Weisung vom 28. Dezember 2005 ist direkt in Kraft getreten.

Unvorhersehbarkeit:

Diese Weisung war für alle Betroffenen eine Überraschung.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme:

Sowohl die öffentlichen als auch die privaten Schulen müssen den Standpunkt des Staatsrates kennen, um den nächsten Schulbeginn bestmöglich vorbereiten zu können (Planung der personellen Ressourcen, usw.).

Sitten, den 14. März 2006  
 (09.00 Uhr)

Bernard Rey, Grossrat (GRL)  
 Jacques Melly, Grossrat (PDCC)